

## **Änderungsantrag**

**der Fraktion der AfD**

**zu der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses**  
**- Drucksache 7/9226 -**

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung**  
**- Drucksache 7/8591 -**

**Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2024 (Thüringer Haushaltsgesetz 2024 -ThürHhG 2024-)**

**Inländische Arbeitsmarktpotentiale heben, anstatt unrealistische Erwartungen in die Zuwanderung von Arbeitskräften zu setzen**

I. Die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses zur Änderung der Einzelpläne wird für die folgenden Titel geändert:

Nr.	Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	Beschlussempfehlung in Euro	+/- in Euro	Neuer Ansatz 2024 in Euro
1	08 10	686 74	Arbeitsmarktpolitische Landesprogramme	13.000.000	-400.000	12.600.000
2	07 69	682 11	Zuschüsse für laufende Zwecke der Friedrich-Schiller-Universität Jena	203.313.200	13.400.000	216.713.200
3	07 02	538 71	Dienstleistungen der LEG zum Aufbau der German Professional School	258.000	-258.000	0
4	07 02	683 71	Zuschüsse für laufende Zwecke der German Professional School an private Unternehmen	2.242.000	-2.242.000	0
5	07 02	683 70	Zuschüsse an Unternehmen für die sprachliche Vorbereitung von Auszubildenden aus dem Ausland	500.000	-500.000	0

Die obigen Änderungen führen in Summe zu Minderausgaben in Höhe von 3.400.000 Euro und Mehrausgaben in Höhe von 13.400.000 Euro. Die Kompensationsrechnung erfolgt in Antrag Nummer 1 "Allgemeine Rücklage" (vergleiche Drucksache 7/9272).

II. Die folgenden Erläuterungen werden verbindlich:

Zu Nummer 1:

Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterung:

UT	Zweckbestimmung	Ansatz nach HH-Entwurf 2024 in Euro	Änderung Mehr (+) Weniger (-) in Euro	Neuer Ansatz 2024 in Euro
0000	Zuweisung	0	0	0
0100	Landesprogramm "Arbeit für Thüringen" (LAT-Richtlinie)	6.100.000	-6.100.000	0
0200	Richtlinie zur Gewinnung von Auszubildenden aus Drittstaaten für eine qualifizierte, berufliche Ausbildung zur Pflegefachkraft (PARL)	400.000	-400.000	0
0300	Landesprogramm "Hebung einheimischer Arbeitspotentiale"	-	+6.100.000	6.100.000

Zu Nummer 2:

Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterung:

UT	Zweckbestimmung	Ansatz nach HH-Entwurf 2024 in Euro	Änderung Mehr (+) Weniger (-) in Euro	Neuer Ansatz 2024 in Euro
0000	Zuweisung	0	0	0
0100	Thüringer Kompetenzzentrum Gleichstellung		-100.000	0
0200	zusätzliche Medizinstudentenplätze		+12.000.000	12.000.000
0300	zusätzliche Pharmaziestudienplätze		+1.500.000	1.500.000

### Begründung:

Zu Nummer 1:

Zu UT 0100: Das Landesprogramm "Arbeit für Thüringen" entfällt (-6.100.000 Euro). Es soll umgewidmet werden (+6.100.000 Euro) und als Landesprogramm "Hebung einheimischer Arbeitspotentiale" gleichberechtigt allen Bürgern Thüringens offenstehen.

Zu UT 0200: Die Richtlinie zur Gewinnung von Auszubildenden aus Drittstaaten für eine qualifizierte, berufliche Ausbildung zur Pflegefachkraft (PARL) ist zu streichen (-400.000 Euro). Die Mittel werden noch nicht voll ausgeschöpft, weitere Anwerbeversuche mit Flügen nach Vietnam, El Salvador und weitere sind geplant. Die Sprachausbildung der Auszubildenden bis Niveau B2 ist langwierig und sollte von den Bewerbern vorbereitend in ihren Heimatländern auf eigene Kosten absolviert werden.

Zu Nummer 2:

Zu UT 0100: Das Thüringer Kompetenznetzwerk Gleichstellung (TKG) dient weniger der Unterstützung von Frauen als vielmehr einseitig ausgerichteter weltanschaulicher Arbeit. Der Auflösung der biologischen Geschlechter auf dem Wege des Gender-Mainstreaming und anderer Ideologieprojekte soll an Universitäten kein weiterer Vorschub geleistet werden. Auch die Familienfreundlichkeit wird durch das TKG nicht ge-

fördert. Das Kompetenzzentrum ist im weltanschaulich neutralen Staat entbehrlich, die hierfür eingestellten Mittel sind zu streichen.

Zu UT 0200 und UT 0300: Um dem Fachkräftemangel an Ärzten und Pharmazeuten entgegenzuwirken, gilt es, die Anzahl der Studienplätze auszuweiten. Dafür sollen 12.000.000 Euro für zusätzliche Medizinstudentenplätze und 1.500.000 Euro für zusätzliche Pharmaziestudienplätze angesetzt werden.

Zu Nummern 3 und 4:

Die Titelgruppe 71 "Pilotprojekt German Professional School" (GPS) ist zu streichen. Eine German Professional School zur arbeitsmarktlichen Ertüchtigung von Ausländern ist nicht erforderlich. Der Fokus zur Überwindung des Fachkräftemangels muss auf der Aus- und Fortbildung deutscher Bürger liegen. Fachkräfte aus dem Ausland sollen bereits entsprechend den Anforderungen des deutschen Arbeitsmarkts qualifiziert sein. Die Einrichtung einer GPS würde im Übrigen den Fachkräftemangel an Lehrkräften sogar verschärfen.

Zu Nummer 5:

Die Anwerbung ausländischer Jugendlicher zu Ausbildungszwecken soll nicht durch Steuergeld gefördert werden. Wenn die Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt entsprechend hoch ist, lohnt es sich für Unternehmen auch ohne Förderung, ausländische Auszubildende anzuwerben. In Anbetracht der massiven Einwanderung der letzten Jahre ist von einem weiteren Anreiz zur Einwanderung Unqualifizierter abzusehen.

Für die Fraktion:

Cotta